

Partizipation in invited und invented spaces des Internet: Unpolitisch und postdemokratisch?

Baringhorst, Sigrid

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baringhorst, S. (2019). Partizipation in invited und invented spaces des Internet: Unpolitisch und postdemokratisch? In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im Medienwandel* (S. 29-51). Berlin <https://doi.org/10.17174/dcr.v6.2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Empfohlene Zitierung: Baringhorst, S. (2019). Partizipation in invited und invented spaces des Internet – unpolitisch und postdemokratisch? In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im Medienwandel* (S. 29-51). doi: 10.17174/dcr.v6.2

Zusammenfassung: Ausgehend von der Gleichzeitigkeit von Tendenzen einer fortschreitenden Politisierung der Gesellschaft und Entpolitisierung der Politik reflektiert der Beitrag aus einer normativen Sicht politik- und demokratietheoretische Implikationen des Wandels bürgerschaftlicher Aktivitäten hin zu web-basierten Formen von Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Inwiefern, so wird mit Rekurs auf ein an den Theorien von Arendt und Marchart orientiertes Verständnis politischen Handelns gefragt, führt mehr Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in webgestützten staatlichen Konsultationsangeboten, den deliberativen „invited spaces“ im Internet, und in den von Bürgerinnen und Bürgern bottom-up geschaffenen „invented spaces“ zu einer Stärkung und Ausweitung „politischer“ Räume und „politischen Handelns“? Exemplarisch wird in dem Zusammenhang auf Defizite der Partizipation in Verfahren kommunaler Bürgerhaushalte sowie der Beteiligung an Petitionsaufrufen auf themenunspezifischen Kampagnenplattformen wie Change.org eingegangen.

Lizenz: Creative Commons Attribution 4.0 (CC-BY 4.0)

Sigrid Baringhorst

Partizipation in invited und invented spaces des Internet – unpolitisch und postdemokratisch?

1 Politisierung der Gesellschaft und Entpolitisierung der Politik

In Debatten über eine „Krise der repräsentativen Demokratie“ werden strukturell bedingte Legitimationsdefizite politischer Entscheidungen als Ursachen für einen gewachsenen Vertrauensverlust von Parteipolitikerinnen und -politikern und majoritären Institutionen wie vor allem gewählten Parlamenten hervorgehoben. Kritisiert wird insbesondere eine durch Privatisierungsprozesse und Reformen des New Public Management seit den 1990er Jahren geförderte Analogie zwischen Strukturen und Handlungslogiken staatlicher Institutionen und privatwirtschaftlicher Konzerne (z. B. Crouch, 2008). Die Legitimation staatlichen Handelns durch Kriterien des Outputs und Outcomes, so die Argumentation, habe die Input-Legitimation, das heißt die Rückkoppelung staatlicher Entscheidungen an Prozesse parlamentarischer Beratung wie auch direkter und konsultativer Bürgerbeteiligung geschwächt und zu einer wachsenden Entpolitisierung politischer Prozesse geführt. Von den politisch verantwortlichen Eliten würden beide Legitimationsprinzipien als sich gegenseitig ausschließend betrachtet: zu viel Partizipation, so die unter politischen Entscheiderinnen und Entscheidern verbreitete Annahme, schwäche Effizienz und Effektivität von Politikergebnissen, zumal sich

Bürgerinnen und Bürger nicht von Rationalitätskriterien und systemischen Notwendigkeiten leiten ließen. Insbesondere die zunehmende Informalisierung des Politischen, die Beratung in komplexen Policy-Netzwerken hinter verschlossenen Türen, wird als Zeichen eines Verschwindens des Politischen in einer „unpolitischen Demokratie“ gewertet (Michelsen & Walter, 2013).

Nicht nur der politische Führungswechsel in den USA unter Donald Trump und das Erstarren rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Europa können als Ausdruck einer Unzufriedenheit über eine mangelnde Transparenz und Responsivität politischer Eliten gewertet werden; auch von eher links zu verortenden Protestakteuren wird, wie Proteste gegen große Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 zeigen, mehr Bürgerbeteiligung an Prozessen der politischen Willensbildung gefordert. Während wir auf der einen Seite Anzeichen einer Entpolitisierung und Schrumpfung des politischen Raumes durch die Verlagerung der für liberale Demokratien notwendig öffentlichen Austragung von Interessens- und Wertkonflikten in nichtöffentliche Räume sehen, sind wir auf der anderen Seite zugleich Zeugen einer verstärkten Einforderung von Beteiligungsansprüchen durch die Bürgerinnen und Bürger. Politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger reagierten in den letzten Jahren auf diese Forderungen mit der Einrichtung einer Vielfalt neuer dialogorientierter Beteiligungsformate in sogenannten „invited spaces“ (Kersting, 2013), also top-down durch politische Institutionen eingerichtete Räume der Bürgerbeteiligung, wie etwa Planungszellen, Bürgerhaushalte oder Weltcafés.

Beiträge zur Postdemokratie, die vor allem das Verschwinden des Politischen in einer Politik hinter verschlossenen Türen kritisieren, verkennen häufig, dass das Politische nicht nur informalisiert, sondern zugleich auch allgegenwärtig geworden ist. Kennzeichnend für viele westliche Demokratien ist eine nur auf den ersten Blick widersprüchlich scheinende Gleichzeitigkeit der Entpolitisierung der Politik und einer wachsenden Politisierung der Gesellschaft. Die sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre haben unter dem Motto „Das Private ist politisch“ eine politische Aufladung privater Lebensstile gefördert. Inzwischen wird nahezu allen Aspekten der privaten Lebensführung eine politische Bedeutung zugeschrieben. Entsprechend dieser Politisierung von Alltagshandeln spricht man in den Sozialwissenschaften etwa von Klima-Bürgerinnen und -Bürgern oder allgemein von Consumer Citizens, um die normative Verpflichtung von Bürgerinnen und Bürgern auf die Berücksichtigung von Gemeinwohlinteressen bei Alltagsentscheidungen z. B. zu Ernährung oder Energieverbrauch zum Ausdruck zu bringen (Baringhorst, 2016; Baringhorst, Kneip,

Niesyto, & März, 2007; Kneip, 2010). Diese Moralisierung und Politisierung des Alltags wird wesentlich von zivilgesellschaftlichen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie Greenpeace und Deutsche Umwelthilfe oder neueren Watchdog-Organisationen wie *foodwatch* oder *corporate watch* vorangetrieben. Mit der Verbreitung neuer Kommunikations- und Interaktionsplattformen im Social Web sind darüber hinaus zahlreiche „invented spaces“, auch „claimed spaces“ (Kersting, 2013) genannt, entstanden, d. h. bottom up geschaffene Räume der öffentlichen Thematisierung von Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern und der Vernetzung von Engagementprojekten (Yang & Baringhorst, 2014).

In der empirischen Forschung werden neue Formen der Partizipation in „invited“ und „invented spaces“ weitgehend getrennt untersucht: Mehr oder weniger neue staatlich initiierte Beteiligungsangebote werden als „democratic innovations“ (Smith, 2009) konzeptionalisiert. Bei ihrer empirischen Erforschung dominieren quantitative Evaluationsanalysen, in denen unterschiedliche Designfaktoren wie etwa die unterschiedliche Rolle webbasierter Verfahrenselemente verglichen und vor allem Daten zu Indikatoren wie Inklusivität der Partizipation, Effektivität der Maßnahmen, Auswirkung auf Legitimation staatlicher Entscheidungen oder auf Vertrauen zu politischen Eliten erhoben werden (z. B. Geißel & Joas 2013; Geißel, Neunecker & Kolleck, 2015; Kersting, 2017). Demgegenüber ist die empirische Forschung zu neuen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements vor allem auf den Wandel kollektiven Handelns und die Bedeutung sozialer Medien für die Entstehung neuer Formen der sozialen Vernetzung und Protestmobilisierung fokussiert. Im Folgenden sollen beide Forschungsperspektiven insofern zusammengeführt werden, als aus einer übergeordneten, normativen politik- und demokratietheoretischen Sicht nach den Implikationen des Wandels von Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement für einen allgemeinen Wandel politischen Handelns gefragt wird. Die Leitfragen sind: Inwiefern führt mehr Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in webgestützten staatlichen Konsultationsangeboten, den deliberativen „invited spaces“ im Internet, und in den von den Bürgerinnen und Bürgern bottom-up geschaffenen „invented spaces“ zu einer Stärkung und Ausweitung „politischer“ Räume? Wirkt Bürgerengagement im Internet der von Michelsen und Walter (2013) diagnostizierten Tendenz zu einer „unpolitischen Politik“ entgegen oder führt die Verlagerung politischen Handelns ins Netz zur Entwicklung einer postdemokratischen „New Politics 2.0“ und befördert damit, wie Ingolfur Blühdorn vermutet, die Transformation liberaler Demokratie zu einer bloß „simulativen Demokratie“ (2013)?

Die Argumentation wird in folgenden Schritten entfaltet: Zunächst werden aus normativen Konzepten politischer Theorien grundlegende Annahmen über das Wesen des Politischen abgeleitet und daraus ein Set von Kriterien entwickelt, das in Anschlag gebracht wird, um die politische Qualität neuer Formen webbasierter oder webgestützten politischen Handelns zu bestimmen. In einem zweiten Schritt werden diese normativen Vorstellungen des Politischen mit exemplarischen empirischen Befunden zu top-down initiierten Formen der Bürgerbeteiligung in Deutschland konfrontiert. In dem Zusammenhang wird insbesondere auf „invited spaces“, die im Rahmen kommunaler Bürgerhaushalte entstanden sind, eingegangen. In einem dritten Argumentationsschritt werden zentrale politik- und sozialtheoretische Thesen von Michael Greven (2009) zur Entstehung „politisierter Nicht-Bürger“ sowie Annahmen von Blühdorn (2013) zum Ende emanzipatorischer Politik vorgestellt. Inwiefern, so die Frage, entsprechen neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements in bottom-up generierten Aktionsräumen den hohen normativen Erwartungen an politisches Handeln eher als Konsultationen im Rahmen kommunaler Beteiligungsverfahren? Paradigmatisch wird in dem Kontext auf zivilgesellschaftliche Partizipation auf themenunspezifischen Kampagnenplattformen im Netz eingegangen. Inwiefern, so wird abschließend gefragt, ist es überhaupt sinnvoll, die vielen kleinen und großen Akte der Partizipation im Internet an den normativen Erwartungen an politisches Handeln zu messen, die von Demokratietheoretikerinnen und Demokratietheoretikern seit der Antike für eine analoge Welt entwickelt wurden?

2 Normative Erwartungen an politisches Handeln in Konzepten partizipativer Demokratie

Um die „politische“ Qualität neuer Formen von Bürgerbeteiligung und -engagement im Internet beurteilen zu können, ist zunächst das zugrunde gelegte Verständnis „politischen“ Handelns zu klären. Empirisch-analytisch arbeitende Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler rekurren bei der definitorischen Abgrenzung politischen Handelns in der Regel auf instrumentalistische Definitionen politischer Partizipation, die ihren Ursprung in den 1970er Jahren haben. So versteht etwa Oscar W. Gabriel (2013) in Anlehnung an eine Definition von Max Kaase unter politischer Beteiligung „alle freiwilligen Aktivitäten, mittels derer Bürger – nicht

die Inhaber politischer oder administrativer Positionen – versuchen, Personal- oder Sachentscheidungen auf verschiedenen Handlungsebenen des politischen Systems zu beeinflussen oder unmittelbar an diesen mitzuwirken“ (S. 383). Viele neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements Offline wie Online, wie etwa der bewusste Kauf oder Boykott von Waren oder Unternehmen aus Motiven sozialer und ökologischer Verantwortungsübernahme, erfüllen dieses strenge Kriterium der politischen Entscheidungsorientierung nicht (de Moor, 2017). Um der Ausdifferenzierung der Partizipation in immer neue Aktivitätsformen gerecht zu werden, hat Jan van Deth einen Operationalisierungsansatz vorgeschlagen, in dem er vier Typen politischer Partizipation unterscheidet: Aktivitäten, die in den Räumen institutionalisierter Politik verortet sind, Aktivitäten, die auf die Akteure institutionalisierter Politik gerichtet sind, Aktivitäten, die darauf zielen, kollektive oder Gemeinschaftsprobleme zu lösen, sowie Aktivitäten, die zwar nach den genannten Kriterien nicht politisch sind, die aber „are used to express political aims and intentions of participants“ (van Deth, 2014, S. 358). Die letzte Kategorie eröffnet zwar die Möglichkeit, auch webbasierte, hoch individualisierte und expressive Handlungen etwa in Sozialen Netzwerken als politische Aktivitäten zu klassifizieren. Doch wird damit die politische Qualität des Handelns letztendlich allein aus der subjektiven Intention des Handelnden abgeleitet. Zudem erscheint es auf der Suche nach Bestimmungsmerkmalen politischen Handelns wenig hilfreich, politisches Handeln als auf politische Ziele gerichtetes Handeln zu definieren, solange der Begriff des Politischen selbst unklar bleibt.

Van Deths Versuch einer Operationalisierung des Konzepts politischer Partizipation ist ein begrüßenswerter Schritt einer Anpassung der empirisch-analytischen Partizipationsforschung an eine Zeit der rapiden Ausdehnung ihres Untersuchungsfeldes. Mit der Entwicklung von Regeln der Operationalisierung der Zuordnung einzelner empirischer Fälle zu Typen politischer Partizipation werden die grundlegenden normativen Fragen der Partizipationsforschung jedoch keineswegs gelöst. Wenn wir der auf Jean-Jacques Rousseau zurückgehenden Traditionslinie von Konzepten partizipativer Demokratie folgen und Demokratie mehr sein soll als die periodische Wahl zwischen Wettbewerbern auf einem politischen Markt, so stellt sich die Frage, welche Partizipationsaktivitäten in einer partizipativen Demokratie wünschenswerter sind als andere. Welche Aktivitäten sind gar schädlich für die Demokratie?

Folgt man der Kritik einer Transformation liberaler Demokratie zur sogenannten „Postdemokratie“, so liegen ihr oft normative Annahmen politischer und

demokratischer Partizipation zugrunde, die auf Vorstellungen assoziativer oder agonaler Demokratie zurückgehen, wie sie von Hannah Arendt, Chantal Mouffe oder in den letzten Jahren von Oliver Marchart entwickelt wurden. Arendt geht von einer handlungstheoretischen Position aus und koppelt die Qualifikation einer Handlung als politisches und demokratisches Handeln an die Erfüllung substanzieller Bedingungen: Politisches Handeln ist demnach stets normativ anspruchsvolles Handeln und mehr als bloßes Partizipationsverhalten. Im Gegensatz zu instrumentalistischen, utilitaristischen Vorstellungen politischer Partizipation definiert Arendt politisches Handeln nicht als Mittel zu einem Zweck, sondern als Selbstzweck. Politisches Handeln ist nicht darauf gerichtet, das eigene Wohlergehen zu fördern (Arendt, 1981, S. 223-224), sondern es zielt primär darauf, die dem politischen Leben inhärenten Prinzipien von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verwirklichen.

Das Politische wird dem „Reich der Freiheit“ (Arendt, 1989, S. 17) gleichgesetzt, und diese Freiheit setzt, so Arendt, öffentliche Räume voraus. Politisches Tun ist „acting in concert“ in der öffentlichen Sphäre, d. h. ein Zusammenwirken von Akteuren vor Publikum. Gemeint sind Räume wie die griechische Agora oder der römische Senat, wo die Handlungen der Bürgerinnen und Bürger sichtbar sind, die Aufmerksamkeit von Mitbürgern erhalten und öffentlich debattiert werden. Aus diesem Grunde hängt nach Arendt die Reaktivierung von Bürgerschaft in der modernen Welt wesentlich von einer Wiederentdeckung einer gemeinschaftlichen, geteilten Welt ab sowie von der Schaffung von Räumen, in denen Individuen öffentlich in Erscheinung treten können und mit anderen Beziehungen der Reziprozität und Solidarität eingehen.

Oliver Marchart hat in seinem Buch „Die politische Differenz“ (2011) Arendts Vorstellungen vom politischem Handeln als assoziatives und öffentliches Handeln aufgegriffen und mit agonistischen Konzepten des Politischen verbunden, wie sie kritisch aufbauend auf Carl Schmitt von Chantal Mouffe und Jacques Rancière vertreten werden. Er fragt: „Wie sähe Politik aus, kurz bevor sie am Horizont verschwindet und nicht mehr als Politik beschreibbar ist? Das heißt, was macht jene Handlungsformen aus, die wir als politisch bezeichnen würden? Oder kürzer: Was ist oder wäre minimale Politik?“ (Marchart, 2011, S. 293).

In seiner für die weiteren Überlegungen leitenden Antwort hebt er folgende Merkmale hervor: Von politischem Handeln ist danach schon dann zu sprechen, wenn Handelnde:

- an die Öffentlichkeit treten, nach Sichtbarkeit streben und nicht nur unter sich bleiben
- streitförmig Position beziehen, denn wo keine Meinungsverschiedenheit, da keine Politik
- und wenn ihr Handeln eine „Tendenz zur Verallgemeinerung und Majorisierung der eigenen Position“ (Marchart, 2011, S. 324) aufweist.

„Eine mikropolitische Taktik des Alltags, soll sie den Kriterien minimaler Politik genügen, muss in breitere und langfristige Strategien eingebettet sein, muss Anschlussfähigkeit an ein hegemoniales Projekt erweisen.“ (Marchart, 2011, S. 311).

In Übereinstimmung mit Arendt ist auch für ihn politisches Handeln an öffentliche Räume gebunden, in denen politisch Handelnde sichtbar werden, Gefühle der Gemeinschaftlichkeit und Solidarität entwickeln, sich organisieren und gemeinsame Strategien abstimmen. Neben dem Streben nach Hegemonie ist für Marchart Konfliktivität ein wesentliches Merkmal politischen Handelns. Die Kategorie der Konfliktivität deutet darauf hin, dass jede politische Aktivität Position bezieht in einer grundsätzlich als antagonistisch gedachten öffentlichen Sphäre. Indem Akteure Position beziehen, werden sie parteilich, setzen sie ein „wir“ gegen ein „sie“. Das Streben nach Majorisierung der eigenen Position erfordert Organisation und abgestimmte, gemeinschaftliche Strategien. So sind Konflikte „nicht nur kollektiv, sie produzieren zuallererst Kollektive“ (Marchart, 2011, S. 324).

Fasst man die Überlegungen von Arendt und Marchart zusammen, so ist Handeln dann als „politisch“ zu bezeichnen und als Beitrag zu einer partizipatorischen Demokratie zu werten, sofern folgende Kriterien erfüllt sind:

- Partizipatorische Demokratie setzt Gestaltungsfreiheit voraus, gemeint ist die Autonomie der politischen Subjekte, Politik jenseits systemischer Logiken, sogenannte Sachzwänge, gestalten zu können. Diese Anforderung setzt mindestens die Möglichkeit, zwischen zwei substanziellen Alternativen wählen zu können, voraus.
- Soziale Handlungen sind dann als politische Handlungen zu verstehen, wenn sie nicht reine Privatinteressen verfolgen, sondern sich auf Gemeingüter, geteilte Werte und die Sorge um das Gemeinwohl beziehen.
- Politisch Handeln bedeutet „acting in concert“, hat eine gemeinschaftliche Dimension und impliziert zumindest eine Form der Kollektivität der Handelnden.

- Partizipatorisches Handeln muss politisch inklusiv sein, die Freiheit im Sinne der Gestaltungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger ist grundsätzlich als gleiche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger mitzuwirken zu verstehen.
- Und letztendlich ist mit Marchart politisches Handeln als konfliktives Handeln zu verstehen, das zur Formierung von Kollektivitäten, Wir-Gemeinschaften und Formen der Organisation beiträgt.
- Eine grundsätzliche Voraussetzung für politisches Handeln ist das Vorhandensein einer öffentlichen Sphäre der symbolischen Interaktion, in der die Handelnden Sichtbarkeit gewinnen.

Inwiefern, so die sich nun anschließende Frage, entsprechen webbasierte bzw. webgestützte neue Formen der Partizipation in „invited“ und „invented spaces“ diesen normativen Ansprüchen an politisches Handeln?

3 Defizite webbasierter Formen dialogorientierter Bürgerbeteiligung

Wie anfangs erwähnt, kritisieren Vertreterinnen und Vertreter der Postdemokratie-These die Auslagerung von Politik aus den Räumen parlamentarischer Entscheidungsfindung in informelle Räume politischer Beratung und Entscheidungsfindung. Zugleich sehen wir in den letzten 15-20 Jahren eine erstaunliche Zunahme von Beteiligungsangeboten, vor allem auf kommunaler Ebene. Dem allgemeinen Trend zu eGovernment folgend haben viele Kommunen in ihren Verfahren zur Bürgerkonsultation Online- und Offline-Komponenten integriert (Kersting, 2008; 2017). Dabei gibt es im konkreten Design erhebliche Unterschiede etwa zwischen deliberativen Verfahren wie Konsensus-Konferenzen, Weltcafés, Planungszellen, Town Hall Meetings und Verfahren der Co-Governance wie z. B. Bürgerhaushalten, in denen Bürgerinnen und Bürger nicht nur Beratungs-, sondern auch Mitentscheidungsmöglichkeiten gegeben werden. Auch innerhalb desselben Beteiligungstyps, wie etwa Bürgerhaushalten, lassen sich erhebliche Unterschiede in der konkreten Ausgestaltung feststellen, wie etwa hinsichtlich der Kopplung von Online- und Offline-Kommunikation oder hinsichtlich der Verbindung von Elementen von Beratung und Entscheidung. All diese Unterschiede sind bei einer differenzierten Bewertung der demokratischen Qualität einzelner Verfahren der Bürgerbeteiligung angemessen zu berücksichtigen.

Doch trotz aller Unterschiede im konkreten Design von Beteiligungsverfahren lassen sich, bringt man die oben entwickelten Kriterien politischen Handelns in Anschlag, ein paar wesentliche Gemeinsamkeiten ausmachen: So erfüllen die top-down geschaffenen Verfahren zwar in der Regel das Kriterium der öffentlichen Kommunikation sowie das der Thematisierung von Interessen, die alle Bürgerinnen und Bürger angehen. Jedoch lassen sie darüber hinaus oft wichtige Elemente eines genuin demokratischen Dialogs vermissen. Chantal Mouffe (2007) etwa kritisiert an der neuen „dialogical democracy“, dass sie ein falsches und schädliches Bild einer harmonischen Politik erzeuge. Die Vorstellung einer Öffentlichkeit frei von Konflikten verberge die grundsätzlich hegemoniale Dimension von Politik und die asymmetrische Struktur der Machtbeziehungen in der Gesellschaft. Würden diskursive Verfahren einer im Kern nicht-responsiven, expertenzentrierten politischen Entscheidungsfindung aufgesetzt, ohne die Machtstruktur der Entscheidungsfindung grundsätzlich zu verändern, gäben sie nur den Anschein partizipatorischer Demokratie, faktisch würde jedoch nur bedeutungsvolle Input-Legitimation inszeniert oder mit den Worten Blühdorns „simuliert“.

Nicht erfüllt ist darüber hinaus, sofern nicht besondere Vorkehrungen zur Einbeziehung vor allem weniger gebildeter Gruppen getroffen werden, zumeist das Kriterium der Inklusivität und politischen Gleichheit (Geißel et al., 2015; Geißel & Newton, 2012; Geißel & Joas, 2013). So liegen die Zahlen der aktiv Teilnehmenden bei offenen Plattformen zumeist weit unter den Quoren, die etwa für Beteiligungsverfahren der direkten Demokratie wie z. B. Volksbegehren festgelegt sind. Betrachtet man z. B. Bürgerhaushalte in Deutschland, so zeigt sich in den letzten Jahren zwar einerseits eine deutliche Zunahme dieser Verfahren. Die Zahl der Kommunen mit über 40.000 Einwohnern, die ein solches konsultatives Verfahren anbieten, stieg von 30 im Jahr 2014 auf 44 im Jahr 2015 (Bundeszentrale, 2015, S. 7). Dabei ist das Internet mit Abstand der meist genutzte Kommunikationskanal im Rahmen von Bürgerhaushalten: 79 Prozent bieten offene Plattformen an (Bundeszentrale, 2015, S. 13). 28 Prozent der Kommunen, die Bürgerhaushaltsverfahren anbieten, offerieren Mitsprachemöglichkeiten ausschließlich und 40 Prozent hauptsächlich Online. 75 Prozent der Kommunen geben Bürgerinnen und Bürgern nur ein Vorschlagsrecht, nur eine Gemeinde, Eberswalde, überträgt faktische Entscheidungsmacht über den kommunalen Haushalt auf die Bürgerinnen und Bürger (Bundeszentrale, 2015, S. 13).

Ein exemplarischer Blick auf die Praxis von Bürgerhaushalten in Deutschland offenbart ein grundlegendes Defizit dieser Verfahren der Co-Governance auf kommunaler Ebene: So hebt Norbert Kersting in seinem für die Stadt Jena erstellten Evaluationsbericht über die Praxis des dortigen Bürgerhaushalts, der dort vor zehn Jahren eingeführt wurde, eine erhebliche Diskrepanz zwischen faktischer und erwarteter Beteiligung der örtlichen Bürgerschaft hervor: „In den Bürgerversammlungen 2012, insbesondere bei der Ergebnispräsentation, setzten sich die Teilnehmer (...) zum größten Teil aus Mitgliedern der AG Bürgerhaushalt, Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie der lokalen Presse zusammen. Nachdem die ersten Veranstaltungen noch als gut besucht zu bezeichnen sind, sank die Beteiligung in den Folgejahren schnell auf ein überschaubares Niveau, wie es ein Mitarbeiter der Verwaltung ausdrückt: ‚Das waren ja damals auch die hehren Versuche, als wir gestartet sind, dass wir in Bürgerforen da eine große Besucherzahl erreichen. Aber das wurde nie erreicht. Es hat mehrere Foren gegeben, die sehr schlecht besucht wurden.‘“ (Kersting, Busse & Schneider, 2013, S. 32).

Auch das zur Stärkung der Bürgerbeteiligung etablierte Onlinediskussionsforum stieß auf wenig Resonanz: „Bei Betrachtung der Nutzung des Onlinediskussionsforums fällt auf, dass sich nur eine geringe Zahl an Nutzern dort angemeldet hat. Statistisch gesehen werden zu jedem Thema lediglich rund 2,7 Beiträge abgegeben. Insgesamt deutet dies nicht darauf hin, dass das Forum sonderlich zur Diskussion der kommunalen Haushaltspolitik unter Bürgern genutzt wird.“ (Kersting et al., 2013, S. 33). Die Einbeziehung von Social Media scheint zumindest in Jena die Bereitschaft zur Beteiligung an kommunalen Verfahren nicht wesentlich verbessert zu haben. So zeigt die Facebook-Seite, die zum Jenaer Bürgerhaushalt eingerichtet wurde, im Frühjahr 2017 142 Likes, und dies bei einer Gesamteinwohnerzahl der Stadt von 109.527 im Dezember 2015.¹

1 Dabei bildet Jena keine unrühmliche Ausnahme: So erntet zum Beispiel der Potsdamer Aufruf zum Bürgerhaushalt 2017 bei Facebook 102 Likes, 3 Kommentare und 27 Weiterleitungen. Schauen wir in die großen Städte der USA, in denen die Praxis kommunaler Bürgerbeteiligung eine lange Tradition hat, so ist der Beteiligungsenthusiasmus auch dort sehr verhalten. Zumindest lässt darauf die Facebook-Resonanz schließen: Ein Aufruf bei Facebook zum Bürgerhaushalt in New York, und damit in einer Stadt mit ausgeprägter kommunaler Beteiligungskultur generierte bis zum Februar 2017 nur 2.019 Likes. Die entsprechende Facebook-Seite vom New Yorker Stadtteil Brooklyn, in dem vor allem Bewohnerinnen und Bewohner der bürgerlichen Mittelschicht leben, zeigt 3.911 Likes (am 08.02.2017).

Unklar ist, ob das Desinteresse der Jenaer Bürgerinnen und Bürger am kommunalen Bürgerhaushalt Ausdruck eines allgemeinen Desinteresses an Kommunalpolitik oder der verbreiteten Sicht geschuldet ist, dass ihr Votum nicht zwangsläufig bei finalen Haushaltsentscheidungen berücksichtigt wird. Feststeht, dass die Beteiligungsverfahren weder dem von Arendt formulierten Kriterium der Autonomie und Gestaltungsfreiheit noch dem Kriterium der gleichen Freiheit entsprechen. Bürgerinnen und Bürger erhalten zwar Online wie Offline mehr Kanäle, um gehört zu werden, doch ist das Spektrum an Handlungsalternativen zwischen denen entschieden werden kann, oft recht klein.²

Folgt man einem Strang postdemokratischer Kritik, so werden vor allem die neoliberalen Reformen seit den 1990er Jahren dafür verantwortlich gemacht, dass partizipatorische Innovationen in „invited spaces“ bisher nur wenig zu einer grundlegenden Demokratisierung der Politik beigetragen haben. Bestätigt wird diese skeptische Sicht in einem Resümee einer europäisch vergleichenden empirischen Evaluation demokratischer Innovationen. Darin kommt Marko Joas mit Rekurs auf einen Befund von Brigitte Geißel zu dem Schluss „(P)articipatory innovations have had little or even no impact on public policies“ (Geißel, 2012, S. 211, zit. in Joas, 2013, S. 258).

Noch immer dominiert unter politischen Entscheiderinnen und Entscheidern eine Output-Orientierung, nach der demokratische Legitimation primär aus der Effektivität und Effizienz der Umsetzung systemischer Notwendigkeiten resultiert. Partizipationsansprüche von Bürgerinnen und Bürgern folgen diesen vermeintlichen Sachzwängen oft nicht. Dies führt dazu, dass die Übertragung von Entscheidungskompetenzen – also wirklicher Gestaltungsfreiheit im Arendtschen Sinne – auf die Bürgerinnen und Bürger zumeist noch immer als Bedrohung der Rationalität politischer Maßnahmen betrachtet wird. Und Präferenzen, die nur artikuliert, aber nicht umgesetzt werden, führen auf lange Sicht eher zur Bürgerentmutigung als zu „mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung“ (Nanz & Leggewie, 2016).³

2 Dies gilt insbesondere im Falle von Kommunen, die überschuldet sind und bei denen nur zwischen Optionen der Kürzung entschieden werden kann.

4 Erosion der politisch-kulturellen Grundlagen partizipatorischer Demokratie?

Folgt man einem anderen Strang gegenwärtiger Demokratiekritik, so liegt das Hauptproblem für die Herausbildung einer demokratischen Partizipationskultur nicht in der dominanten Output-Orientierung politischer Eliten und öffentlicher Verwaltungen. So gehen Michael Th. Greven und Ingolfur Blühdorn nicht nur von einem Verlust des Politischen im Sinne der Entdemokratisierung institutioneller staatlicher Entscheidungsprozesse aus, sondern sie beklagen auch eine grundlegende Erosion der politisch-kulturellen Grundlagen einer partizipatorischen Demokratie. Damit widersprechen sie optimistischen Interpretationen eines Wandels westlicher Partizipationskulturen, wie sie Ronald Ingelhart (1990), Pippa Norris (2003) und van Deth (2014) vertreten. Nach den empirischen Wertewandelstudien nimmt seit den 1960er Jahren eine aus staatsbürgerlichen Pflichtgefühlen motivierte Beteiligungsbereitschaft ab, es sinken vor allem Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaften. Panelstudien zu politischen Wertorientierungen und Beteiligungsverhalten indizieren „langsame, aber stetige Verschiebungen im politischen Verhalten der Bürger/-innen“ (Pickel, 2012, S. 54). Vor allem das Formenspektrum von Partizipation in extra-repräsentativen Räumen zivilgesellschaftlichen Engagements ist demnach vielfältiger geworden. Zudem werde Mitmachbereitschaft zunehmend von Motiven der Selbstverwirklichung bestimmt; diagnostiziert wird ein allgemeiner Wandel von Bürgerschaftsnormen im Sinne eines Übergangs von „dutiful“ zu „self-actualizing“ Bürgerschaft (Dalton, 2008; Bennett, 2012).

- 3 Angesichts der Defizite der bisherigen Erfahrungen mit eher symbolpolitischen Bürgerkonsultationen zu aktuellen Fragen der Detailsteuerung erwarten Nanz und Leggewie (2016) eine grundlegende Vitalisierung partizipativer und deliberativer Demokratie vor allem von einer „nachhaltigen“, langfristigen konsultativen Einbindungen von Bürgerinnen und Bürgern in Prozesse der Meinungs- und Willensbildung über fundamentale Zukunftsfragen und schlagen dazu die Etablierung von konsultativen Zukunftsräten vor: „Die Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Schritt in Richtung partizipative Demokratie. Nur durch eine nachhaltige Institutionalisierung würde sowohl ein gesellschaftlicher Lernprozess als auch ein Wandel des normativen Rahmens für kollektives Handeln in Gang kommen, der das politische System tatsächlich transformiert. Es reicht nicht, der alten Fassade eines weitgehend entpolitisierten demokratischen Systems einen zeitgemäß partizipativen Anstrich zu verleihen, sondern der Politikmodus muss sich insgesamt ändern.“ (S. 44)

Diese in empirischen Partizipationsstudien belegte „Verlagerung der politischen Partizipation in die Zivilgesellschaft – und weg von der repräsentativen Demokratie“ (Pickel, 2012, S. 55) wird in der normativen Demokratietheorie von Befürworterinnen und Befürwortern einer republikanischen Demokratie kritisch bewertet: Gegen die optimistische Interpretation dieses Form- und Motivationswandels politischer Partizipation gerichtet, kritisiert zum Beispiel Greven an neuen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements eine aus seiner Sicht mit republikanischem politischem Handeln nicht vereinbare Mischung privater und politischer Handlungsmotive, wie sie etwa in umweltpolitischen NIMBY-Kampagnen (Not in My Backyard-Kampagnen) gegen den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen zum Ausdruck kommt. Schon in den 1990er Jahren und damit Jahre vor der Verbreitung sozialer Medien sieht er die „republikanischen Ressourcen“, die sozio-kulturellen Grundlagen, repräsentativer Demokratien gefährdet. Der durchschnittliche „Sozialcharakter“ der Menschen des ausgehenden 20. Jahrhunderts widerspreche den Erwartungen, die man in der Vergangenheit an Bürgerinnen und Bürger einer Republik gerichtet habe. Trotz oder gerade wegen der nahezu grenzenlosen Politisierung der Gesellschaft seien „echte“ Bürgerinnen und Bürger, Citoyens, eine „seltene Spezies“ geworden (Greven, 2009, S. 219). Die meisten von ihnen verhielten sich wie passive Konsumentinnen und Konsumenten und engagierten sich nur dann, wenn Kampagnen ihren partikularistischen Interessen dienten. „(P)olitisierte Nichtbürger“ nennt er diesen neuen dominanten Typus eines nicht republikanischen Sozialcharakters.

Ähnlich argumentiert Ingolfur Blühdorn in seinem Buch „Simulative Demokratie“ (2013): Demokratie setze die Norm eines autonomen Subjektes und eine identitäre, stabile Identität der Bürger voraus. Mit dem Übergang zu einer „Flüchtige(n) Moderne“ (Bauman, 2003) seien jedoch diese subjektbezogenen, kulturellen Voraussetzungen einer demokratischen politischen Beteiligung erodiert. Demokratische Beteiligung werde in einer seit den 1990er Jahren zunehmend verbreiteten „New Politics 2.0“ lediglich simuliert. Die emanzipatorische Partizipationskultur der 1960er Jahre bildet die positive Referenzfolie für Blühdorns Partizipationskritik der Gegenwart. Emanzipatorische Partizipation wird charakterisiert als selbstgestaltend, aktiv und kollektiv, orientiert an kollektiver Vernunft und ideologischen Begründungen und Ganzheitlichkeitsvorstellungen. Darüber hinaus sei sie gekennzeichnet durch eine kontinuierliche und langfristige Beteiligung mit hohem persönlichem Einsatz, Altruismus, Moralisierung, ausgeprägtem Pflichtbewusstsein

und insgesamt „gegen die Logik der etablierten Ordnung“ gerichtet. An die Stelle pflichtbasierter Staatsbürgerschaft sei im Engagement der Gegenwart eine Orientierung an Unterhaltung, Spaß und Erlebnis getreten. Weitere charakteristische Merkmale der postdemokratischen „New Politics 2.0“ sind demnach: Delegation und kritische Beobachtung statt Selbstgestaltung, individualisiertes, entideologisiertes und issue-orientiertes Handeln, eine Orientierung an subjektiven Befindlichkeiten, low-cost Partizipation, Spontaneität, Projektorientierung sowie insgesamt ein Abschied von systemkritischem Engagement (Blühdorn, 2013, S. 194). Durch eine stillschweigende Verlagerung von politischer Macht auf Systemlogiken, insbesondere im Sinne der Dominanz der kapitalistischen Verwertungslogik, hätten die Bürgerinnen und Bürger faktisch ihre Autonomie verloren (Blühdorn, 2013, S. 31). Sie hielten nur noch an der Illusion der Gültigkeit tradierter Vorstellungen von Autonomie und Subjektivität fest.

Mit der bloßen „Simulation von Subjektivität und Identität“ entstehe ein für die gegenwärtige politische Kultur charakteristisches postdemokratisches Paradox: die Bürgerinnen und Bürger wollen sich nicht mehr langfristig und in aufwendigen Formen engagieren, aber sie möchten auch nicht die Illusion aufgeben, autonome Subjekte zu sein und in einer Demokratie zu leben. „Politische Partizipation wird damit (...) zum Simulations- und Erlebnisraum für etwas, wovon sich moderne Bürger einerseits emanzipiert haben, was sie andererseits aber nicht aufgeben wollen“ (Blühdorn, 2013, S. 196).

5 Zivilgesellschaftliche Partizipation in webbasierten „invented spaces“ - mehr als nur Slacktivism?

Wie Greven so bezieht sich auch Blühdorn nicht explizit auf medientechnologische und medienkulturelle Umbrüche als wesentliche Bedingungsfaktoren für die Erosion einer emanzipatorischen Engagementkultur. Doch weist die Kritik Blühdorns an der sogenannten „New Politics 2.0“ auffallende Ähnlichkeiten mit der in der Debatte zum Netzaktivismus vorgebrachten Kritik am sogenannten Slacktivism auf. Während die einen im Netzaktivismus bloß eine Verlagerung bekannter Offline-Handlungsrepertoires ins Netz sehen (Vissers & Stolle, 2014), erkennen andere zwar eine neue Qualität des Bürgerengagements in den neuen kommunikativen Räumen der sozialen Medien, doch werden die webbasierten Aktivitäten

häufig als demokratieschädlicher „Slackivism“ kritisiert (Morozov, 2009). Etwas abgeschwächt wird die Kritik in der Charakterisierung von Netzaktivismus als „Clickivism“. Danach erscheint das Engagement mit dem Mausklick als nicht nur niedrighschwellige, low-cost Aktivität, sondern auch als politisch folgenlos (Halupka, 2014). Für die politikwissenschaftliche Partizipationsforschung hat diese Geringschätzung, wie Vromen (2017) resümiert, die Folge, dass Netzaktivismus bis heute oft nicht als relevanter Forschungsgegenstand betrachtet wird: „(...) the dominant definitions of political engagement tend to sideline social media-based politics: as beyond their remit (Schlozman et al., 2013); as providing a space only for information accessing and sharing (Macafee, 2013); or interactive communication; all of which many political science scholars are still reluctant to see as participation or action (Vissers & Stolle, 2014, S. 943)“ (S. 56).

Wie berechtigt sind die Annahmen, Netzaktivismus sei kein über Informations- und Kommunikationsaktivitäten hinausgehendes „politisches Handeln“ im engeren Sinne oder gar ein Anzeichen einer demokratieschädlichen Entwicklung der Partizipationskultur? Tendenzen zur Individualisierung und Kostensenkung zivilgesellschaftlichen Engagements sind nicht neu und schon im Zusammenhang von Scheckbuch-Solidarität erörtert worden (Baringhorst, 1998). Zweifellos hat die Verlagerung von Partizipation ins Internet diese Tendenzen gestärkt und vielfältige neue Aktionsräume für flexibel in den Alltag zu integrierende, mit wenig Kosten für Informationsbeschaffung und Artikulation von Protest und Solidaritätsbereitschaft verbundene, und in webbasierten Aktionen oft nur schwach organisierte Beteiligung geschaffen.

Auch wenn in den kommunikativen Räumen des Social Web kreative Eigenleistungen dank Photoshop und anderer neuer Software relativ leicht erbracht werden können, ist nicht davon auszugehen, dass sich hinsichtlich des Gesamtaktivitätsaufkommens die Partizipationspyramide wesentlich umkehren wird. Auch an der sozialen Ungleichheit zivilgesellschaftlicher Partizipation ändert sich durch das Internet, abgesehen von einem Bias zugunsten jüngerer User, wenig. Der entscheidende Vorteil der Netzkommunikation besteht vielmehr darin, dass die vielen, oft wenig aufwendigen Einzelbeiträge durch Praktiken der viralen Zirkulation schnell und flexibel zu höchst wirkungsvollen Aktionen gebündelt werden können. Diese Bündelung erfolgt heute zunehmend über spezielle Aggregatoren zivilgesellschaftlichen Protests. Zivilgesellschaftliche Petitions- und Kampagnenplattformen sind zu wichtigen professionell arbeitenden Anbietern von Protestaufrufen geworden.

Insbesondere Netzaktivismus in Form von Online-Petitionen auf themenun-spezifischen Kampagnenplattformen wie Change.org ist wenig zeitintensiv und schlicht binär kodiert. Change.org hat inzwischen nach eigenen Angaben „185.936.099 Menschen in Aktion“ gebracht: „Derzeit nutzen 4,5 Millionen Menschen in Deutschland die Plattform und verändern so Kampagne für Kampagne ihr Umfeld - lokal, national und global.“ (...) „In Zeiten der digitalen Vernetzung kann ein einzelner Mensch ganze soziale Bewegungen auslösen. Wir glauben, dass Menschen durch gemeinsames Handeln beginnen, ihren eigenen Möglichkeiten wieder stärker zu vertrauen und die Gesellschaft voranzubringen. Dafür setzen wir uns Tag für Tag ein“ (Woran wir glauben, 2018).

Dabei werden unter „In-Aktion-Bringen“ zumeist Engagementpraktiken gefasst, die simplen Wahlakten gleichen, wie elektronisch unterschreiben bzw. nicht unterschreiben, liken bzw. nicht-liken, weiterleiten bzw. nicht weiterleiten, spenden bzw. nicht spenden. Diese reduzierten Partizipationsaktivitäten werden in der öffentlichen Kritik einerseits wegen der unterstellten schwachen Wirksamkeit geringgeschätzt, andererseits aber auch als Grund für eine zunehmende „Political Turbulence“ (Margetts, John, Hale & Yasseri, 2016) in einer unberechenbar werdenden politischen Öffentlichkeit gedeutet. Folgen wir Arendts und Marcharts normativen Ansprüchen an politisches Handeln, so sind nicht primär die Folgen der Petitionsinflation für die Berechenbarkeit der Artikulation politischer Forderungen problematisch. Kritisch zu werten sind aus der Perspektive partizipativer Demokratie vor allem die partikularistischen, selbstbezogenen Orientierungen, die User oft mit ihnen ausdrücken, wie auch die schwachen sozialen Bindungen, die Online-Petitionen generieren. Individualisierte Wahlakte, in denen kollektive Orientierungen nur durch technische Bündelung individueller Präferenzen erzeugt werden, können aus Sicht einer partizipatorischen Demokratietheorie für sich genommen kaum den Ansprüchen politischen und demokratischen Handelns genügen: Denn wie sollten allein durch sozio-technische Vernetzung Solidarität und Gemeinschaftsgefühle entstehen, die für Arendt und Marchart unverzichtbare Voraussetzungen und Folgen kollektiven Handelns sind?

Digitale Petitionspraktiken entsprechen auch nicht den bereichslogischen traditionellen Vorstellungen strikt räumlich getrennter privater und öffentlicher Sphären. Ein Blick auf das Themenspektrum der bei Change.org initiierten Kampagnen belegt eine deutliche Tendenz zur Personalisierung von Solidaritätsaufrufen, oft ausgedrückt in emotionalen Erzählungen. In gewisser Hinsicht scheint der

Mangel an persönlicher Verbindlichkeit von Interaktionen im Internet durch eine neue Kultur der Sichtbarkeit bzw. des Sich-Sichtbarmachens kompensiert. Das gilt für Sozialbeziehungen im Netz allgemein, wird aber besonders deutlich in zunehmend individualisierten kollektiven Solidaritätsaktionen. Im Zuge der Verbreitung eines mobilen Engagements mit dem Smartphone ist die Verbreitung von Selbstbildern vor wechselnden Hintergründen zu einem charakteristischen formalen Element der politischen Selbstdarstellung geworden (Selfie-Protest).

Durch die Verbreitung von Smartphones sind neue mediale Gelegenheitsstrukturen für ein ‚Engagement for to go‘, entstanden, in dem Partizipation räumlich wie zeitlich flexibel in die Alltagsaktivitäten einer zunehmend mobilen Bevölkerung integriert wird. Fraglich ist dabei, inwiefern das oben genannte Kriterium der Bindung politischen Handelns an die Voraussetzung gleicher Freiheit in der Mitzeichnungspraxis auf zivilgesellschaftlichen Kampagnenplattformen erfüllt wird. Zwar reduzieren Petitionsplattformen die Transaktionskosten von Partizipation erheblich, in dem sie komprimierte, leicht verständliche Info-Pakete bereitstellen und die Angebote zum Mitzeichnen in Anwendung algorithmischer Verfahren auf spezifische individuelle User-Präferenzen zuschneiden. Doch scheint trotzdem der erreichte Kreis von „Menschen in Aktion“ sozial noch immer selektiv zu sein; genauere Untersuchungen dazu stehen jedoch noch aus.

6 Fazit: „Politisches Handeln“ im Netz nur bedingt möglich

Teilt man die anspruchsvollen Vorstellungen demokratischen politischen Handelns und erklärt Autonomie und Gestaltungsfreiheit der Subjekte, eine strikte Trennung von privaten und öffentlichen Sphären sowie Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und vor allem Gemeinschaftlichkeit und Konfliktualität des Handelns zu unverzichtbaren Merkmalen politischen Handelns, so erscheint die kritische Bewertung der gegenwärtigen Partizipationskultur, wie sie etwa von Vertreterinnen und Vertretern der Postdemokratie-These vertreten wird, bezogen auf weit verbreitete Praktiken des Netzaktivismus in vieler Hinsicht berechtigt zu sein. Aber liefert der Rekurs auf klassische Distinktionen zwischen privatem vs. öffentlichem, eigennützigem vs. gemeinnützigem oder zwischen konfliktualem vs. konsensualem Handeln überhaupt noch sinnvolle Kriterien für eine Bestimmung und Bewertung von Partizipationspraxen in vernetzten

Online-Offline Räumen? Partizipation Online wie Offline erfolgt gegenwärtig oft aus einer privaten, alltagsbezogenen Handlungs- wie Reflexionssphäre heraus. Wird unter Autonomie als Bedingung und Merkmal politischen Handelns eine Gestaltungsfreiheit verstanden, die auf die Transformation politischer und ökonomischer Systeme zielt, so erfüllen die vielen kleinen Akte der Partizipation im Netz nur selten das Kriterium systemtransformierender Negation.

Doch nicht jeder Netzaktivismus ist simpler Klicktivismus. Oft ist das Engagement von Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern von Petitionen, insbesondere aber das ihrer Urheberinnen und Urheber, der Petenten, durch komplexe Praktiken eines individuellen wie gemeinschaftlichen Produzages gekennzeichnet. Politik mit dem Mausklick und Politik auf den Straßen schließen sich zudem keineswegs systematisch aus, wie die Forschung zu Occupy- und Arab Spring-Protesten gezeigt hat. Sie sind auch nicht einfach mit einer Arbeitsteilung von Politik auf den Vorder- und Hinterbühnen politischen Handelns zu beschreiben, sondern in der Regel in komplexen rekursiven Schleifen und Kooperationsbezügen miteinander verflochten.

Dennoch zeichnet sich in webbasierten Praktiken eine Tendenz zur Individualisierung und Personalisierung von Engagement ab, in der die Kollektivität des Handelns, das „acting in concert“, auf bloße Aggregation individueller Unterstützungsbekundungen reduziert wird. Weder die Online-Plattformen in top-down von staatlichen Akteuren geschaffenen „invited spaces“ noch zivilgesellschaftliche Kampagnenplattformen bieten geeignete Räume für die Entwicklung von Erfahrungen kollektiver Zusammengehörigkeit; doch ohne solche Erfahrungen bleiben Partizipationsaktivitäten spontan und flüchtig. Diese Flüchtigkeit resultiert nicht zuletzt daraus, dass stark formalisierte Organisationen für die Mobilisierung kollektiven Handelns weniger wichtig geworden sind. Kampagnenplattformen ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern, mit geringem Aufwand Position zu beziehen, agonistisch zu werden, wenn sie es für erforderlich halten. Empörungswellen lassen sich im Netz aufgrund der Senkung von Transaktionskosten und der viralen Logik der Verbreitung von Informationen auch weitgehend unorganisiert mobilisieren. Wie aber sollen durch Cloud- oder Hashtag-Proteste wesentliche sozial-kulturelle Voraussetzungen politischen Handelns wie vor allem Sozialvertrauen und Gemeinsinn, Gefühle der Zugehörigkeit und damit verbundenen Normen und Praktiken der Gegenseitigkeit entstehen? Zudem scheint die in republikanischen, partizipativen Demokratietheorien geforderte Trennung zwischen öffentlichen und privaten Handlungssphären nicht

zuletzt angesichts der fortgeschrittenen Kommerzialisierung webbasierter Kommunikationsräume kaum noch realisierbar zu sein. Wie können zivilgesellschaftliche Akteure im Netz staatliche Institutionen und wirtschaftliche Unternehmen herausfordern, wenn sie selbst von machtvollen, kommerziellen Medienunternehmen abhängig geworden sind? (Vromen, 2017, S. 70; Haunss, 2015). Vielfach versuchen zivilgesellschaftliche Akteure deshalb unabhängige Webseiten zur Information, Kommunikation und Mobilisierung zu etablieren, doch scheitern solche Autonomiebestrebungen in der Regel nicht zuletzt daran, dass die User ihnen nicht folgen und eine breite Anhängerschaft nur auf den Plattformen kommerzieller Social Media wie Facebook zu erreichen ist.

Eine Trennung zwischen öffentlichen und privaten Räumen ist in kommerzialisierten sozialen Netzwerken praktisch kaum einlösbar. Ist aber eine klare reichslogische Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre tatsächlich eine unverzichtbare Voraussetzung demokratischen Handelns? Folgt man der Demokratietheorie von John Dewey, so basiert Demokratie ganz wesentlich auf einer sozialen Kooperation, die nicht auf die politische Sphäre beschränkt ist. Demokratie ist nach seiner Auffassung primär ein Modus zur Lösung struktureller Probleme, die insbesondere mit der Industrialisierung und Modernisierung von Gesellschaften entstanden sind, wobei unter Problemlösungen auch kreative Anpassungsleistungen und Lernprozesse verstanden werden. Die Grenzen von Öffentlichkeit und Privatheit sind nicht vorgegeben, sondern werden experimentell jeweils neu entdeckt, wenn Angelegenheiten zu „issues“ werden, d. h. zu Sachfragen, die öffentlich verhandelt werden (Dewey, 1996, S. 67). Öffentlichkeiten werden geschaffen, wenn die Folgen von Handlungen den Kreis derjenigen übersteigen, die direkt davon betroffen sind und wenn die Handlungsfolgen von Mitgliedern der Gesellschaft als zu lösende und zu regulierende Probleme gedeutet werden.

Partizipation in web-basierten, bürgerschaftlichen, „invented“ Handlungsräumen ist aus der Perspektive einer pragmatistischen Demokratietheorie nicht allein deshalb als wenig demokratieförderlich abzuwerten, weil sie keine oder noch keine klaren Konfliktstrukturen aufweist, kollektive Gemeinschaftsgefühle nicht entstehen und die Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Räumen nicht eindeutig markiert sind. Angesichts einer fortschreitenden Politisierung der Gesellschaft, die nicht zuletzt daraus resultiert, dass wesentliche Zukunftsfragen eng mit Fragen der alltäglichen Lebensführung verbunden sind, erscheint es insofern wenig sinnvoll, bei der normativen Bewertung partizipatorischer Aktivitäten auf

klassische republikanische Vorstellungen einer strikten Trennung zwischen privaten und öffentlichen Räumen zu insistieren. Stattdessen sollten eher Prozesse des Öffentlich- und Politisch-Werdens struktureller Probleme in den Fokus der demokratietheoretischen Beurteilung rücken. Inwiefern, so wäre dann zu fragen, trägt Partizipation auf top-down und bottom-up generierten Plattformen zur kooperativen Thematisierung und Lösung drängender Zukunftsfragen bei; inwiefern werden alle relevanten Erfahrungen von Experten und Laien in Prozessen eines problembezogenen „going public“ eingebracht und berücksichtigt?

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst ist Professorin für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Siegen.

Quellenverzeichnis

- Arendt, H. (1981). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich: Piper.
- Arendt, H. (1989). *Menschen in finsternen Zeiten*. München: Piper.
- Baringhorst, S. (2016). Nachhaltigkeit durch politischen Konsum und Internetaktivismus? In G. Diendorfer & M. Welan (Hrsg.), *Demokratie und Nachhaltigkeit. Verbindungslinien, Potentiale und Reformansätze* (S. 43-60). Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag.
- Baringhorst, S. (1998). *Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Baringhorst, S., Kneip, V., Niesyto, J., & März, A. (Hrsg.). (2007). *Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Bauman, Z. (2003). *Flüchtige Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bennett, L. (2012). The personalization of politics. Political identity, social media, and changing patterns of participation. *The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences*, 644(1), 20-38. doi: 10.1177/0002716212451428
- Blühdorn, I. (2013). *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Bundeszentrale für politische Bildung (2015). 8. *Statusbericht des Portals Bürgerhaushalt.org*. Abgerufen von http://www.buergerhaushalt.org/sites/default/files/downloads/8._Statusbericht_Buergerhaushalte_in_Deutschland_Juni_2015.pdf
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dalton, R. J. (2008). Citizenship norms and the expansion of political participation. *Political Studies*, 56(1), 76-98. doi: 10.1111/j.1467-9248.2007.00718.x
- De Moor, J. (2017). Lifestyle politics and the concept of political participation. *Acta Politica*, 52, 179-197. doi: 10.1057/ap.2015.27
- Dewey, J. (1996). *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*. Bodenheim: Philo.
- Gabriel, O. W. (2013). Politische Partizipation. In J. W. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext – Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen* (S. 381-411). Wiesbaden: Springer VS.
- Geißel, B. (2012). Democratic Innovations Theoretical and Empirical Challenges of Evaluation. In B. Geißel & K. Newton (Hrsg.), *Evaluating Democratic Innovations Curing the Democratic Malaise?* (S. 209-214). London: Routledge.
- Geißel, B., & Joas, M. (Hrsg.). (2013). *Participatory Democratic Innovations in Europe. Improving the Quality of Democracy?* Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Geißel, B., Neunecker M., & Kolleck, A. (2015). Dialogorientierte Beteiligungsverfahren: Wirkungsvolle oder sinnlose Innovationen? Das Beispiel Bürgerhaushalt. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 46(1), 151-165. doi: 10.5771/0340-1758-2015-1-151
- Greven, M. T. (2009). *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Halupka, M. (2014). Clicktivism. A systematic heuristic. *Policy & Internet*, 6, 115-132. doi: 10.1002/1944-2866.POI355
- Hauß, S. (2015). Promise and practice in studies of social media and movements. In L. Dencik & O. Leister (Hrsg.), *Critical perspectives on social media and protest* (S. 13-31). London: Rowman/Littlefield.
- Ingelhart, R. (1990). *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton University Press: Princeton.
- Kneip, V. (2010). *Consumer Citizenship und Corporate Citizenship. Bürgerschaft als politische Dimension des Marktes*. Baden-Baden: Nomos.

- Joas, M. (2013). Conclusions. An Evaluation of Democratic Innovations in Europe. In B. Geißel & M. Joas (Hrsg.), *Participatory Democratic Innovations in Europe. Improving the Quality of Democracy?* (S. 249-262). Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Kersting, N. (Hrsg.). (2008). *Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kersting, N. (2013). Online participation: from 'invited' to 'invented' spaces. *International Journal Electronic Governance*, 6(4), 270-280. doi: 10.1504/IJEG.2013.060650
- Kersting, N., Busse, S., & Schneider, S. H. (2013). *Evaluationsbericht Bürgerhaushalt Jena*. Münster: WWU. Abgerufen von http://www.jena.de/fm/1727/Evaluation_BHH_Jena_Bericht_2013_Endfassung.pdf
- Kersting, N. (2017). Demokratische Innovation. Qualifizierung und Anreicherung der lokalen repräsentativen Demokratie. In N. Kersting (Hrsg.), *Urbane Innovation* (S. 81-120). Wiesbaden: Springer VS.
- Macafee, T. (2013). Some of these things are not like the others: Examining motivations and political predispositions among political Facebook activity. *Computers in Human Behavior*, 29(6), 2766-2775.
- Marchart, O. (2011). *Die politische Differenz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Margetts, H., John P., Hale S., & Yasseri T. (2016). *Political turbulence: how social media shape collective action*. Princeton: Princeton University Press.
- Michelsen, D., & Walter, F. (2013). *Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Morozov, E. (19.05.2009). *The Brave New World of Slacktivism*. *Foreign Policy*. Abgerufen von <http://foreignpolicy.com/2009/05/19/the-brave-new-world-of-slacktivism/>
- Mouffe, C. (2007). *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nanz, P., & Leggewie, C. (2016). *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Berlin: Wagenbach.
- Norris, P. (2003). *Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism*. Cambridge: CUP.
- Pickel, S. (2012). Das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger – ein Blick auf die Empirie. In G. Weißeno & H. Buchstein (Hrsg.), *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 39-57). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Schlozman, K. L., Verba, S., & Brady, H. E. (2013). *The Unheavenly Chorus. Unequal Political Voice and the Broken Promise of American Democracy*. Princeton: Princeton University Press
- Smith, G. (2009). *Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizens Participation*. Cambridge: CUP.
- van Deth, J. (2014). A Conceptual Map of Political Participation. *Acta Politica*, 49(3), 349-367. doi: 10.1057/ap.2014.6
- Vissers, S., & Stolle, D. (2014). The internet and new modes of political participation: Online versus offline participation. *Information, Communication and Society*, 17(8), 937-955. doi: 10.1080/1369118X.2013.867356
- Vromen, A. (2017). Digital Citizenship and Political Engagement. *The Challenge from Online Campaigning and Advocacy Organisations*. London: Palgrave/Macmillan.
- Woran wir glauben. (2018). Abgerufen von <https://www.change.org/de>
- Yang, M., & Baringhorst, S. (2014). Social Web Projekte zu politischem Konsum – mehr Vielfalt im politischen Engagement. In F. Oehmer (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S. 399-423). Baden-Baden: Nomos.